

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Sandra Weeser, Michael Theurer, Reinhard Houben, Renata Alt, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Dr. Marco Buschmann, Carl-Julius Cronenberg, Britta Katharina Dassler, Dr. Marcus Faber, Otto Fricke, Markus Herbrand, Ulla Ihnen, Olaf in der Beek, Dr. Christian Jung, Pascal Kober, Konstantin Kuhle, Oliver Luksic, Alexander Müller, Hagen Reinhold, Bernd Reuther, Dr. Stefan Ruppert, Dr. h. c. Thomas Sattelberger, Dr. Wieland Schinnenburg, Matthias Seestern-Pauly, Frank Sitta, Judith Skudelny, Manfred Todtenhausen, Gerald Ullrich, Johannes Vogel (Olpe), Nicole Westig und der Fraktion der FDP

Schweizer Pumpspeicherkraftwerke für den europäischen Strombinnenmarkt

Mit einem zunehmenden Anteil volatiler Energieerzeugung in Deutschland und Europa steigt gleichzeitig die Nachfrage nach Lösungen, um Strom weiterhin dauerhaft und sicher verfügbar zu machen. Der Bau der dringend benötigten Übertragungsnetze wird noch Jahre andauern und die Umsetzung innovativer Speichertechnologien kommt nur langsam voran. Jährliche Kosten in Milliardenhöhe für Eingriffe in das Stromnetz sind die Folge dieses Infrastrukturproblems (vgl. www.energate-messenger.de/news/183959/eingriffe-zur-netzstabilitaet-steigen-an). Umso gefragter sind pragmatische Lösungsansätze, die die Versorgungssicherheit auch in den kommenden Jahren gewährleisten und Kosten reduzieren können.

Eine der effizientesten Möglichkeiten zur Speicherung von Strom bieten Pumpspeicherkraftwerke. In der dafür prädestinierten Topologie des Schweizer Alpenraumes existieren 13 solcher Anlagen. Deren installierte Leistung beträgt aktuell 2 600 MW und wird sich in diesem Jahr auf voraussichtlich 3 500 MW erhöhen (vgl. www.alpiq.com/de/alpiq-gruppe/ueber-alpiq/aktuelle-produktionszahlen/). Neben den topologischen Vorteilen für diese Technologie bietet auch die geographische Lage der Schweiz in der Mitte Westeuropas optimale Voraussetzungen, um das Potenzial ihrer Erzeugungsanlagen in den EU-Energiebinnenmarkt einzubinden.

Aufgrund politischer und regulatorischer Beschränkungen kann das energiewirtschaftliche Potenzial schweizerischer Pumpspeicherkraftwerke auf europäischer Ebene bislang nicht ausgeschöpft werden (vgl. www.uvek.admin.ch/uvek/de/home/energie/stromabkommen-mit-eu.html). Für eine Integration in den EU-Energiebinnenmarkt bedarf es nach Ansicht der Fragesteller eines Stromabkommens zwischen der EU und der Schweiz. Doch auch unabhängig von der Frage eines solchen Abkommens kann eine bessere Einbindung in den deutschen Strommarkt für beide Seiten von großem Nutzen sein.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Strategie verfolgt die Bundesregierung hinsichtlich der zukünftigen Rolle von Speichertechnologien in der deutschen und europäischen Energieversorgung?
2. Welcher Ausbaupfad für Speichertechnologien ist nach Einschätzung der Bundesregierung bis 2030 nötig, um das im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD vorgesehene Ausbauziel von 65 Prozent erneuerbaren Energien zu erreichen (www.bundesregierung.de/resource/blob/975224/847984/5b8bc23590d4cb2892b31c987ad672b7/2018-03-14-koalitionsvertrag-data.pdf?download=1, S. 71; bitte nach Technologien, Jahren und Speicherkapazitäten aufschlüsseln)?
3. Wie schätzt die Bundesregierung die Bedeutung der besonderen topologischen und geographischen Gegebenheiten der Schweiz für den zukünftigen EU-Energiebinnenmarkt ein?
4. Wie viele Pumpspeicherkraftwerke gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung in Deutschland, und wie schätzt die Bundesregierung ihre Bedeutung und Wirtschaftlichkeit ein?
5. Wie schätzt die Bundesregierung generell den zukünftigen Beitrag von in- und ausländischen Pumpspeicherkraftwerken – auch im Verhältnis zu anderen Speichertechnologien – im Stromsystem ein?
6. Wie bewertet die Bundesregierung die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der Schweiz im Bereich der Energiewirtschaft bzw. Energiepolitik?
7. Wie steht die Bundesregierung zu dem Vorschlag einer engeren Einbeziehung schweizerischer Energieerzeugungs- bzw. Speicheranlagen in den deutschen Strommarkt?
8. Für wann rechnet die Bundesregierung mit einem Zustandekommen des Stromabkommens zwischen der Europäischen Union und der Schweiz, und was sind die Gründe, die dies bislang verhindern (vgl. www.uvek.admin.ch/uvek/de/home/energie/stromabkommen-mit-eu.html)?
9. Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um sich auf europäischer Ebene für ein baldiges Zustandekommen des seit 2007 in Verhandlungen befindlichen Stromabkommens zwischen der Europäischen Union und der Schweiz einzusetzen?

Berlin, den 6. März 2019

Christian Lindner und Fraktion